



Universitätszeitung

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT KARL-MARX-STADT

Nummer 20

Oktober 1989

10 Pfennig

Universitätsangehörige begrüßen Beschlüsse der 9. Tagung des ZK der SED – alle Unterstützung für den Generalsekretär und Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz

Wir leisten unseren Beitrag

Mit großer Aufmerksamkeit haben die Wahl von Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der SED zum neuen Staatsratsvorsitzenden der DDR verfolgt.

Meine persönlichen Erwartungen wurden nicht enttäuscht, das betrifft sowohl den Inhalt als auch den Stil seiner Rede vor der Volkskammer.

Auch die Tatsache, daß erstmals eine wichtige Entscheidung nicht einstimmig getroffen wurde, macht mir Hoffnung, daß nunmehr die Weichen für eine neue Art des miteinander Arbeitens, Lebens und Regierens gestellt sind. Gemessen werden wir an unseren Taten, deshalb wird es nun darauf ankommen, den Worten Taten folgen zu lassen. Dabei ist mir klar, daß nicht alle ange-

stauten Probleme in kurzer Zeit zu lösen sein werden.

Die Kolleginnen und Kollegen in meinem Arbeitsbereich sind bereit, ihren Beitrag dazu zu leisten. Wir werden uns mit unseren Vorschlägen, die die Arbeit an unserer Universität, aber auch im gesamten gesellschaftlichen Umfeld betreffen, an die entsprechenden Leitungen wenden.

Ich wünsche dem Staatsratsvorsitzenden Gesundheit und Schaffenskraft, um die anstehenden Aufgaben erfolgreich bewältigen zu können, zum Nutzen von uns allen.

Dr.-Ing. Ursula Barth, Vertrauensfrau der Gewerkschaftsgruppe Fertigungstechnik

Eingeleitete Veränderungen finden meine Zustimmung

Zuerst einmal möchte ich meine Freude darüber äußern, daß unsere „UZ“ so direkt auf die Probleme unserer Zeit reagiert. In der Vergangenheit habe ich das sehr oft vermisst. Aus diesem Grund möchte ich mich zu den Ereignissen der letzten Wochen äußern.

Die Veränderungen im Politbüro und die Wahl von Egon Krenz zum Generalsekretär des ZK der SED, aber auch die neue Art der Berichterstattung im Fernsehen und in den Zeitungen finden meine Zustimmung. Ob eine Person allein die Aufgaben eines Generalsekretärs des ZK der SED, eines Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates erfüllen kann, sollte meiner Meinung nach neu durchdacht werden.

Ich bin der Meinung, alles hätte eher passieren müssen. Nun hoffe ich, daß die Offenheit, mit der unsere Probleme angesprochen werden, beibehalten wird. Trotzdem haben wir in unserem Land damit noch längst nicht alle erreicht, viele sind sehr skeptisch, andere nehmen vorhandene Veränderungen einfach nicht zur Kenntnis.

Jeder ist in der heutigen Zeit zum Dialog aufgerufen. Mich beschäftigen auch viele Fragen. Warum haben so viele Menschen unser Land verlassen und tun es immer noch? In meinem Arbeitskollektiv arbeiten auch einige „neue“ BRD-Bürger. Meiner Meinung nach haben viele dieser Menschen die Hoffnung abgegeben, daß sich an den bestehenden Problemen etwas ändert. Ich will Beispiele aus meinem Arbeitsalltag nennen: die schlechte Versorgung mit Baumaterial, wofür unzureichende Bilanzen vorhanden

sind. Es ist mir unerklärlich, daß wir als Handwerker privat Material kaufen müssen (das Geld dafür hat unsere Universität), damit wir überhaupt arbeiten können. Oder auch: die Planung der Arbeit. Kann es sein, daß ein Gebäude auf der Eisenstraße, dessen Dach wir kürzlich mit viel Aufwand gebaut haben, heute auf der Abristliste steht?

Aber auch im privaten Bereich habe ich ein Problem, welches mich sehr beschäftigt: Meine zwei schulpflichtigen Kinder „sprechen mit zwei Zungen“ – zu Hause anders als in der Schule. Inzwischen sind zwar einige Veränderungen hinsichtlich Offenheit in der Schule spürbar, es ist aber noch viel zu tun.

Mit den von mir aufgeworfenen Fragen wollte ich auch meine Position zu den gestellten Vorschlägen deutlich machen. Jeder sollte seine eigenen, ihn betreffenden Probleme nennen, diskutieren und dazu Vorschläge einbringen. Die jetzt vorhandenen Möglichkeiten sollten von allen genutzt werden und die Befürchtungen, irgendwo ansetzen abgelegt werden.

Und noch eine ganz wichtige Überlegung zum Schluß: Viele unserer ehemaligen DDR-Bürger wurden vom Wohlstand der Mehrheit der BRD-Bevölkerung angezogen. Fragt man sich, woher dieser kommt, erkennt man: von harter Arbeit der meisten.

Für uns heißt das, daß angestrebte und notwendige Veränderungen bei uns sich nur durch ehrliche, offene Zusammenarbeit von Leitungen und einzelnen Kollektiven in besserer Qualität verwirklichen lassen. Dabei ist jeder gefragt!

Andreas Kaiser, Dachdecker, Direktorat Technik

Sekretär der ZPL beriet mit Vorsitzenden der Massenorganisationen an TU

Im Dialog mit allen progressiven Kräften will Partei weiter voranschreiten

Am 24. Oktober 1989 fand eine Beratung der ZPL mit Vertretern der Massenorganisationen unserer Universität statt. Als Gast nahm daran Genossin Christa Schliebs, Abteilungsleiterin in der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der SED, teil. Im Mittelpunkt stand das Anliegen, den begonnenen Dialog in unserem Land auch an unserer Universität konstruktiv fortzuführen und dafür das Potential der gesellschaftlichen Organisationen stärker zu nutzen. Einmalig wurde die ZPL, Genosse Prof. Bernd Hommel, den erreichten Stand und stellte fest, daß viele Vorschläge und Ideen auch bei den Leitungen der Massenorganisationen eingehen, die wir ernsthaft prüfen müssen welche Ebene sie betreffen, und diese dann entsprechend weiterleiten, wenn sie über den Rahmen der Universität hinausgehen. Unbedingt sei darauf zu achten, daß kein Vorschlag und keine Idee verlorengeht. Des Weiteren legte Genosse Prof. Hommel den Vertretern der Massenorganisationen den Standpunkt der ZPL dar, zu welchen Problemen seitens der Universitätsangehörigen sachkundige Vorschläge zur Veränderung dessen, was sich nicht bewährt hat oder entwicklungsbedürftig ist, zu erarbeiten sind. Zusammenfassend läßt sich dies in drei Problembereiche:

- Wissenschaftspolitik
- Sozialpolitik und Leistungsentwicklung
- politisch-ideologische Arbeit und sozialistische Demokratie.

Diese Orientierung soll jedoch nicht als Einengung des Dialogs verstanden werden.



Genosse Prof. Hommel erläuterte auch, welche Probleme in nächster Zeit an der Universität gelöst werden sollen. In der sich anschließenden Diskussion legten die Vertreter der Massenorganisationen dar, welchen spezifischen Beitrag die von ihnen vertretenen Organisationen zum konstruktiven Dialog leisten wollen. Es wurde deutlich, daß hierzu bereits gute Initiativen entwickelt wurden. Zum Beispiel wird demnächst seitens der KDT ein Klubgespräch zur Rolle des Ingenieurs in unserer Gesellschaft stattfinden. Die URANIA

hat aktuelle Veranstaltungen zu Problemen, wozu der Dialog in unserem Land geführt werden muß, geplant. Die DSF schlägt eine ständige Gesprächsrunde junger Wissenschaftler verschiedener Wissenschaftsdisziplinen zu ihren Problemen vor. Die FDJ ist dabei, das vom Zentralrat erarbeitete Diskussionsmaterial in Vorbereitung des XIII. Parlaments der FDJ in den Gruppen publik zu machen. Die UGL bereitet für den 1. November dieses Jahres eine Vertrauensleutevollversammlung vor, die den Erfüllungsstand des BKV 1989 zum Gegenstand hat.

Die neue Gestaltung des Tages der wehrbereiten studentischen Jugend ist eines der Probleme, denen sich die GST zuwendet.

Genossin Schliebs schätzte ein, daß der an der Universität eingeschlagene Weg, alle vorhandenen Möglichkeiten zur Führung eines konstruktiven Dialogs zu nutzen, gut ist und weiter gegangen werden sollte.

Zum Abschluß der Beratung wurde festgelegt, daß in zwei Wochen erneut über den erreichten Stand beraten wird.

Offener Brief

An das Politbüro des Zentralkomitees der SED

Werte Genossen!

Auf Grund der Ereignisse in letzter Zeit in unserem Land sehen wir es als wichtig und notwendig an, Positionen zu beziehen. Gegenwärtig werden unsere Partei und unsere Regierung von innen und außen auf das schärfste angegriffen. Westliche Medien verstärken ihren propagandistischen Feldzug gegen uns.

Wir müssen jedoch feststellen, daß westliche Propaganda nur dort Fuß fassen kann, wo Zweifel, Gleichgültigkeit und Unwissenheit bestehen und die Zuversicht in die eigene progressive Entwicklung stark gesunken ist.

Jene Menschen – vor allem die Jungen –, die uns den Rücken zugewandt haben, sind durch unser Bildungssystem gegangen, haben einen Beruf erlernt und einen gesicherten Arbeitsplatz gehabt. Wir müssen uns ganz klar fragen, was wir falsch gemacht haben und wo die Ursachen liegen, daß es zu solchen Reaktionen gekommen ist. Diskussionen über die Ursachen, die bei den meisten DDR-Bürgern geführt werden, lähmen den Leistungswillen – es wird viel diskutiert und zuwenig gearbeitet. Wir müssen feststellen, daß es im Rahmen dieser Diskussionen unter Mitarbeitern und Studenten zu einem Vertrauensschwund zur Politik der SED gekommen ist. Viele fühlen sich vor den Kopf gestoßen, entmutigt und übergangen.

Wir wollen in Verantwortung als Genossen zum Wohle unserer Republik handeln und schlagen deshalb vor, die folgenden Punkte in die Diskussion zur Vorbereitung des XII. Parteitag einzubeziehen.

1. Schaffung und konsequente Durchsetzung des Leistungsprinzips in allen Bereichen. Dazu gehören z. B.:
 - Einsatz der Kräfte nach ihren Fähigkeiten und ihrem Leistungsvermögen,
 - leistungsgerechte Bezahlung qualifizierter Arbeit,
 - gleicher Lohn für gleiche Arbeit,
 - bessere materielle Stimulierung vorbildlicher persönlicher Leistungen,
 - leistungsorientiertes Prämiensystem,
 - schärferes Vorgehen z. B. gegen Schlämperei, Inkompetenz, Nichtwahrnehmung von Verantwortungen.
2. Schrittweise Änderungen in der Preispolitik bei Wahrung sozialer Gerechtigkeit
Die in den letzten Jahren praktizierte Preis- und Subventionspolitik erzeugte zunehmend unerwünschte Nebenwirkungen wie z. B.
 - falsche Leistungsbewertung in der Volkswirtschaft,
 - Verschwendung von Ressourcen,
 - Erwerb von Waren bzw. Nutzung von Dienstleistungen für Zwecke, für die Subventionen unberechtigt sind,
 - Unterbelegung von Wohnraum,
 - Verteuerung von Waren, die heute keine Luxusgüter mehr sind, und
 - Verfall unserer Mark im Währungsvergleich.
3. Verbesserung der Informationspolitik
Wir sind der Auffassung, daß unsere Informationspolitik den Anforderungen der verschärften Klassenauseinandersetzung nicht gewachsen ist. Die gemehrten Massenmedien sind infolge ihrer Aktualität, durch ihr schnelles und umfassendes Reagieren, durch das Auftreten führender Persönlichkeiten und deren Meinungsäußerung massenwirksam bei unseren Bürgern.

Eine parteiliche Auseinandersetzung mit den Zielen oppositioneller Gruppen in der DDR ist nur möglich, wenn ihre konkreten Zielstellungen bekannt sind. Darüber ist eine umfassende Information erforderlich.

Notwendig ist, daß über Ereignisse und Probleme, die die Menschen in der DDR bewegen, unsere Massenmedien schnell, umfassend und realistisch und kritisch informieren. Es wird erwartet, daß führende Persönlichkeiten unserer Partei- und Staatsführung hierzu Standpunkte öffentlich darlegen.

4. Das gesellschaftliche Eigentum stellt für viele DDR-Bürger ein Abstraktum dar. Wir müssen Wege finden, das Eigentümertum bewußtsein auszubilden – auch unter konsequenter Durchsetzung bestehender gesetzlicher Bestimmungen.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Das Machbare anpacken

Die „UZ“ führte am 24. Oktober 1989 ein Gespräch mit den Genossen Prof. Hartmann, Projektor für Erziehung und Ausbildung, Prof. Hommel, Sekretär der ZPL, Dr. Butschke, 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung, und Doz. Dr. Knorr, Vorsitzender der UGL, zur Führung des Dialoges an unserer Einrichtung und zu den Aufgaben, die vor uns stehen.

„UZ“: Wie hat sich der Dialog an unserer Universität entwickelt?

Genosse Prof. Hommel: In den vergangenen Tagen fanden viele Gespräche und Diskussionsrunden in unterschiedlichem Rahmen in den Sektionen AT, IT, FEB, VT und Ma statt, deren Verlauf und Inhalt wir als positiv werten. Bei der Weiterführung des Dialoges sollte auf Konstruktivität geachtet werden, das heißt, daß zu erkannten Problemen Lösungsvarianten diskutiert werden. Die Lösung unserer Universitätsprobleme stellt einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Sozialismus in der heutigen Zeit dar.

Keinesfalls wollen wir aber den Dialog auf einen vorgegebenen Problembereich einengen. Wenn die ZPL auf drei Themenkomplexe orientiert (siehe Artikel „Im Dialog mit allen progressiven Kräften“, „UZ“ 20/89), dann deshalb, weil dazu unbedingt von uns Vorschläge kommen müssen, weil wir zuallererst dafür kompetent sind. Wer sollte sonst sachkundig dazu diskutieren?

Genosse Dr. Butschke: Ich kann das Gesagte nur bestätigen. Wir sind als FDJ-Kreisleitung ständig unterwegs und tragen in verschiedenster Weise zum Dialog bei. In den jetzt laufenden FDJ-Wahlversammlungen finden sich immer Fragen und Vorschläge zu den aktuellen Problemen. Gleichzeitig organisieren wir die Diskussion zu den vom Zentralrat der FDJ vorgegebenen Schwerpunkten in Vorbereitung des XIII. Parlaments der FDJ. In diesem Sinne wollen wir weiterarbeiten.

Genosse Doz. Dr. Knorr: Auch in den Gewerkschaftskollektiven gibt es zahlreiche Diskussionen und Vorschläge, die teilweise direkt an die Gremien, die es betrifft, gegeben wurden. Auch die Diskussion der Universitätsprobleme ist im Gange. In der demnächst stattfindenden Ver-

trauensleutevollversammlung wollen wir diese fortführen.

Genosse Prof. Hartmann: Auch an die staatliche Leitung der Universität gehen bereits Vorschläge, Hinweise und Kritiken zu anstehenden Problemen ein. Diese wollen wir sachkundig prüfen und beantworten.

„UZ“: Welche Probleme sollen in den nächsten Tagen in Angriff genommen werden?

Genosse Prof. Hartmann: Am Montag, dem 30. Oktober 1989, führen wir eine Koordinierungsberatung mit all denen durch, die Verantwortung für die materiell-technische Situation an unserer Universität tragen. Wir werden auch Baufachleute dazu einladen. In dieser Beratung soll berichtet werden, welche Probleme stehen und welche Lösungen möglich sind. Schwerpunkte werden die Universitätsstelle Raabe-straße, Erfenschlager Straße, Elstner Straße, Friedrich-Engels-Straße, die John-Baude und die Wohnheime sein. Die Beratung zu den Wohnheimen findet gesondert am 8. November 1989 statt. Im Anschluß an die Beratung werden Schwerpunkte besprochen, um Prioritäten und Sofortmaßnahmen vor Ort festzulegen. Um die dafür notwendigen Mittel und Kapazitäten zu sichern, wird der Projektor für Naturwissenschaften und Technik unserer Universität beauftragt, die für 1990 geplanten Forschungsvorhaben hinsichtlich volkswirtschaftlicher Effektivität und notwendiger materiell-technischer Fonds zu überprüfen, um zu sichern, daß keine Überschreitung der dafür geplanten Mittel erfolgt, die dann zu Lasten der Werterhaltungsmaßnahmen gehen könnten.

Genosse Doz. Dr. Knorr: Ein Problem, was in nächster Zeit auch geklärt werden muß, sind die Kriterien, nach denen ab Januar 1990 die Verteidigungen des Titels „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ erfolgen werden. Aber auch die Möglichkeiten, leistungsabhängige Gehälter zu zahlen, muß voll ausgeschöpft werden, und vorhandene Festlegungen müssen überprüft werden.

Genosse Prof. Hommel: Besonders wichtig erscheint mir, darauf zu achten, daß alle Vorschläge, Hinweise und Kritiken an den entsprechenden Stellen, die dafür verantwortlich sind, ankommen. Auch müssen wir dafür sorgen, daß alle beantwortet werden.

Das bewegt uns:

Brief an Genossen Egon Krenz

Lieber Genosse Egon Krenz!

In letzter Zeit häufen sich Anschuldigungen von Bürgern der DDR, die unserer Volkspolizei ungesetzliche Handlungen im Zusammenhang mit den Ereignissen um den 7. Oktober in einigen Städten der DDR vorwerfen. Der Stellvertreter des Generalstaatsanwaltes der DDR, Dr. Voß, äußerte sich mehrmals dazu und versprach eine gründliche Untersuchung und für den Fall, daß sich die Anschuldigungen bestätigen, die Bestrafung der Schuldigen.

In einer vom Fernsehen der DDR ausschnittsweise übertragenen Veranstaltung am 23. Oktober 1989 aus einer Berliner Kirche nahm er sogenannte „Gedächtnisprotokolle“ entgegen und versprach, sie in die Untersuchungen einzubeziehen. Diese „Gedächtnisprotokolle“ waren völlig anonym.

Wir halten diese Praxis für unmöglich. Wenn jemand eine Anschuldigung erhebt, dann hat er sich mit Namen und Adresse dazu zu bekennen. Lehnt er das ab, dann ist die Anzeige gegenstandslos und kann nicht Grundlage einer Untersuchung sein. Es gibt auch den Teilbestand des Paragraphen 228 STGB. Uns verwundert außerdem, daß niemand mehr von den 100 Polizisten spricht, die bei den genannten Ereignissen zum Teil erheblich verletzt wurden und wofür es doch Täter geben muß, die zur Verantwortung zu ziehen sind.

Uns widerstrebt es, untätig zuzuschauen, wie unsere Schutz- und Sicherheitsorgane als „schwarze Schafe“ abgestempelt werden. Darum auch diese Wortmeldung.

Mit sozialistischem Gruß
Mitarbeiter der Technischen Universität Karl-Marx-Stadt

Ulrich Kuhn
Suzelony Ullrich
Suzelony Ullrich
Alte Barbel
Regina Rode
Gsa. Karina Kleinig
Johanne Storz

Enka Ullrich
Edmund Tjunge/mann
Birith Hoffmann
Annemarie Knopf
Johanne Storz
Erothene Rogner